

Wohin geht es? Die Demonstration vom 3. September

Yacov Ben Efrat, online 5.09.2011

Samstag, der 3. September, war der Samstag der Bürger Israels. Die Protestbewegung brachte 460.000 Menschen auf die Straßen, um einen neue sozial-ökonomische Politik zu schaffen. Keine Regierung kann gegenüber so vielen gleichgültig bleiben, die rufen: "Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit!" Die Hoffnung ist, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu gewinnen, der den neo-liberalen Kapitalismus stürzen und an seiner Stelle einen Sozialstaat setzen wird.

Was sagt Daphni?

Daphni Leef, der selbstverständliche Sprecher der Zeltproteste, bestimmt die Bewegung als "politisch, aber nicht parteilich". Seiner Auffassung nach ist das politische System, einschließlich der Parteien und des Parlaments, daran gescheitert, die Gefühle des Volks zu verstehen. Das Volk fordert, daß sie ihre stolzen Türme verlassen und erkennen, daß das Land auseinanderfällt.

Das Wort "Partei" erschreckt die Anführer des Protests. Eine "Partei" – auf Hebräisch hat dieses Wort eine sprachliche Wurzel, die Spaltung, Teil oder Teilung bedeutet – braucht eine Weltanschauung und klare Ideologie, die notwendigerweise Kritik von und den Gegensatz zu anderen erzeugen. Zum Beispiel die Kandidatin der Arbeitspartei Shelly Yechimovich, die rast- und furchtlos gegen die Bosse kämpfte und weite gesellschaftliche Unterstützung genoss. Als sie ihre politischen Überzeugungen enthüllte, daß sie keine Probleme mit den Siedlungen hat, stellten sich Menschen gegen sie. Doch wenn die Protestbewegung der "Politik" ausweicht um Spaltungen zu vermeiden, überläßt sie am Ende die Politik genau den Politikern, die vor dem Kapital kuschen. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

Was haben wir? Wir haben eine politische Bewegung ohne die politischen Mittel, ihre Ziele zu verwirklichen. Je mehr Unterstützung sie erhält, umso größer sind ihre inneren Widersprüche. Das Problem der Bewegung ist ihre Unfähigkeit, breite Unterstützung in politische Macht umzusetzen. Oder, in anderen Worten: eine politische Partei, die Verantwortung übernehmen kann, die darauf zielt, in die Regierung zu kommen, eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen und den Gesellschaftsvertrag im Gesetz zu verankern, der heute so breit unterstützt wird.

Die Protestbewegung ist entschlossen, sich auf den Slogan "soziale Gerechtigkeit" zu beschränken, um so Spaltungen zu verhindern. "Soziale Gerechtigkeit" ist die neue Staatshymne geworden. Alle kritischen Themen wie die Besatzung, die Siedlungen, Krieg und Frieden werden vermieden. Daher stört es nicht, daß Binyamin Netanyahu ein harter rechter Politiker ist, denn keiner fragt nach "politischen", jeder fragt nur nach "sozialen" Veränderungen. Netanyahu kann auf der Besatzung bestehen und zugleich für "Gerechtigkeit" in Israel arbeiten, vor allem für die israelische Mittelklasse, die dem Staat loyal dient und sich unter dem Druck der von keiner Moral gebremsten Tycoons durchwurstelt. Das ist die Bedeutung des Slogans: "Laßt uns in diesem Land leben."

Doch die Chance, das Netanyahu diese Forderungen erfüllt, sind nicht größer als die Chance, daß er die palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit erfüllt: die Zwei-Staaten-Lösung. Das Setzen auf Netanyahu garantiert, daß die Palästinenser staatenlos bleiben – und die israelischen Bürger ohne die soziale Gerechtigkeit, die sie

verlangen.

Was sagt ODA?

Die Organisation für Demokratische Aktion (ODA) – Da'am auf Arabisch – hat von Anfang an an der Protestbewegung teilgenommen. Schon seit fünf Jahren demonstrieren wir auf den schicken Boulevards von Tel Aviv, fordern faire Arbeitsbedingungen, Gleichberechtigung für Frauen, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, Gleichheit zwischen Arabern und Juden und Frieden. Deshalb war es für uns selbstverständlich, uns den Tausenden Jugendlichen anzuschließen, die endlich aufgewacht sind und erkannt haben, daß die Flammen nun ihre Haustür erreichen, nachdem sie in Yeruham, Hadera, Kufr Qara and Nazareth schon alles verzehrten haben.

ODA ist keine Partei der Mittelklasse. Sie ist eine Arbeiterpartei, soziale Fragen sind ihr Kern. Sie kämpft mit Zähnen und Klauen, um das System zu ändern, damit es den Arbeitern – wie der Mittelklasse – dient, statt dem Kapital. ODA ist nicht wie andere Parteien. Sie ist eine revolutionäre Partei.

Die Revolution, die sie anstrebt, ist eine Umwälzung des Bewußtseins. Das beginnt mit einer Änderung der Prioritäten, die nicht von der Mittelklasse kommen wird, sondern von den Arbeitern. Denn Juden und Araber treffen sich bei ihren Lohnstreifen, wenn sie versuchen, über die Runden zu kommen.

Diese Veränderung kann nicht beschränkt bleiben auf ein Erwachen aus der Gleichgültigkeit. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend. Die Veränderung im Bewußtsein muß die Araber in Israel thematisieren, die palästinensischen Arbeiter unter israelischer Besatzung, alle Arbeiter in der arabsichen Welt. ODA glaubt nicht an einen raschen Konsens. Sie arbeitet furchtlos und ohne Vorurteile an einem neuen Konsens der Arbeitenden, der nationale Grenzen überwindet. Sie fürchtet sich nicht vor der Begegnung mit der Realität, auch wenn die Realität komplex und schwierig ist.

Was eine wirkliche Veränderung im Kampf für soziale Veränderung bringen wird? Es ist die Beteiligung der 3 Millionen Arbeiter, der 50 Prozent der Beschäftigten, die noch nicht einmal den Steuerfreibetrag erreichen, die noch nicht die Kraft gefunden haben, aus ihrer Verzweiflung auszubrechen. Bisher fehlen sie auffällig in der Protestbewegung, doch wir vergessen sie nicht. Im Kampf gegen die Organisation der Arbeiter, der von der Regierung "Arbeitsmarktflexibilisierung" genannt wird, sehen wir einen zerstörerischen und gnadenlosen Krieg – wie in den Kämpfen bei Haifa Chemicals oder dem Salit Steinbruch oder der Not der Sozialarbeiter und Pflegekräfte.

Der Beginn einer neuen Ära

Die soziale Bewegung ist heute der Aufschlag für eine neue Ära. Trotz ihrer Mängel hat sie die Blößen der zerrütteten gesellschaftlichen Ordnung freigelegt, ihre Fehler hervorgehoben und ein umfassendes Programm formuliert, das eine gute Ausgangsbasis für weitere Aktionen ist.

Trotz Netanyahus Prahlerei hat das neoliberale System, daß er so bewundert, seine geliebte USA an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Israel marschiert heute in Richtung auf eine Zukunft ohne Ökonomie und ohne Frieden. Die Protestbewegung kann nicht weiter am Rand sitzen und darauf hoffen, daß die heutige Führung uns retten wird.

Einige werden uns kritisieren und sagen, daß wir nur die dunklen Seiten sehen. Darauf antworten wir: Seit dem Zusammenbruch der UdSSR war die Welt unipolar. Die US-

amerikanische Rechte hat einen globalen Räuberkapitalismus durchgesetzt. Trotz dieser dunklen Lage bleiben wir nicht untätig. Wir setzten unsere harte Arbeit der Bildung einer Arbeiterpartei fort. Denn wir glauben, daß es möglich ist, Veränderungen zu bewirken. Wir freuen uns, daß nach 30 Jahren die arabische Welt und einige europäische Länder erwachen und die existierende Gesellschaftsordnung herausfordern – wie wir.

Deshalb haben wir. Arbeiter aller Bereiche, Araber und Juden, am Sonnabend mit einer klaren Botschaft demonstriert: Netanyahu, deine Zeit ist um, geh nach Haus. Wir marschierten mit einer sozialistischen Weltanschauung, daß die Wirtschaft der Gesellschaft dienen soll, nicht dem Kapital. Alle, die der kapitalistischen Gehirnwäsche nicht widerstehen können, werden weiter die Sklaven der Tycoons und ihrer Lakaien in der Knesset bleiben.

Der Sozialismus, an den wir glauben, ist heute wichtiger denn je. Denn der Sozialstaat ist ein sozialistischer Staat. Das ist ein Staat, der seinen Bürgern Gerechtigkeit bietet, ohne Rücksicht auf Religion oder Ethnie. Ein solcher Staat kann sich in die Region integrieren und ein Partner des demokratischen Wandels sein, der durch die arabische Welt geht. Das geht nur, wenn die Besatzung beendet wird. Wer wirklich für soziale Gerechtigkeit eintritt, muß für universelle Gerechtigkeit anstreben. Es wird keinen wirklichen Sozialstaat geben, solange die Besatzung andauert.

–